



### Presseschau vom 05.04.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

#### abends/nachts:

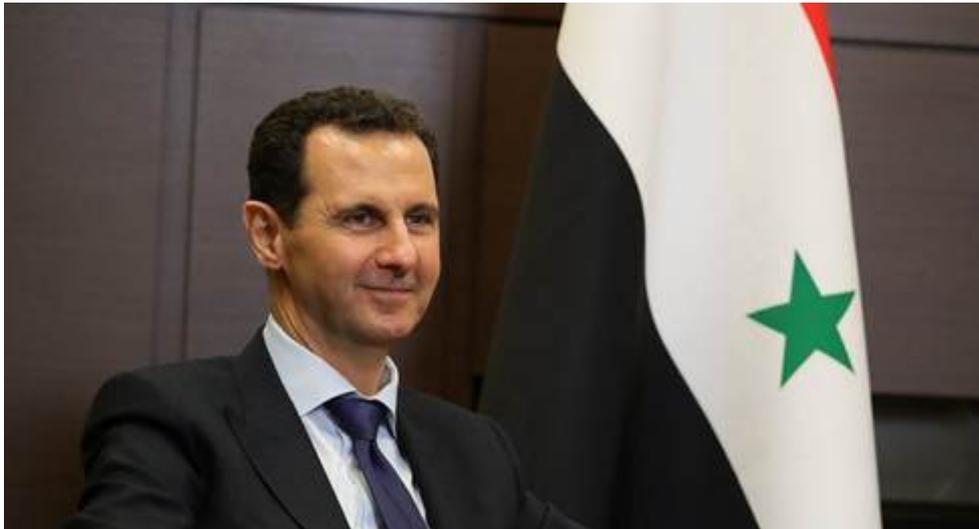
##### de.sputniknews.com: **Assad sieht Entwicklung in Venezuela und Syrien ähnlich**

Syriens Präsident Baschar al-Assad hat die Entwicklung in Venezuela und in Syrien als ähnlich eingestuft. „Grund dafür ist die gesetzwidrige Einmischung westlicher Staaten in die inneren Angelegenheiten unserer beiden Länder“, sagte Assad am Donnerstag in Damaskus bei einem Treffen mit Venezuelas Außenamtschef Jorge Arreaza.

„Die Politik mehrerer westlicher Länder mit den USA an der Spitze gegenüber Venezuela, ihre grobe Einmischung in dessen innere Angelegenheiten sowie Sanktionen gegen Caracas sind eine gezielte Methode des Westens gegen alle, die seine Politik nicht akzeptieren wollen“, sagte Assad bei einem Empfang nach Angaben seines Pressedienstes.

Das Geschehen in Venezuela sei dem in Syrien ähnlich. Der Westen habe zum Ziel, seine Hegemonie über Länder zu etablieren und ihre souveränen Beschlüsse außer Kraft zu setzen – „in Verletzung des Völkerrechts und der Prinzipien der UN-Charta, die die Achtung der Souveränität von Staaten und das Selbstbestimmungsrecht der Völker proklamieren“, betonte Assad.

Arreaza hält sich zu einem offiziellen Besuch in Damaskus auf. Zuvor hatte er die Türkei und den Libanon besucht. Am Donnerstag gaben Arreaza und sein syrischer Amtskollege Walid Muallem eine gemeinsame Pressekonferenz.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32295/54/322955434.jpg>

**vormittags:**

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden fünfmal die Positionen der Volksmiliz beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Frunse, Smeloje und Logwinowo**. Geschossen wurde mit 122mm-Artilleriegeschützen, 120mm- und 82mm-Mörsern.

de.sputniknews.com: **Mit Panzern in Moskau einfahren: Sacharowa zu Versprechen von ukrainischem Minister**

Die offizielle Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa hat die jüngsten Aussagen des ukrainischen Infrastrukturministers Wladimir Omeljan kommentiert, der versprochen hatte, in Moskau mit Panzern einzufahren.

„(...) In Moskau werden wir auf jeden Fall sein! Gemeinsam mit den Verbündeten. Mit Panzern, auf denen ‚nach Moskau‘ steht“. Damit reagierte der ukrainische Politiker auf die Einladung des Russischen Transportarbeit-Verbandes. Dieser hatte den Vorschlag unterbreitet, am 23. April einen Vertreter nach Moskau zu entsenden, um im Rahmen der Transport-, Speditions- und Logistikorganisationen der Eurasischen Union den Verkehrsbetrieb zu besprechen.

„Lieber Genosse, das Moskau, wo Sie ‚zusammen mit den Verbündeten mit Panzern‘ sein werden, befindet sich im Bundesstaat Idaho. Also vorwärts!“, schrieb Sacharowa in ihrem Facebook-Account.

Im Oktober 2018 hatte Omeljan unter anderem gefordert, „das Kubanland und Moskau“ zurückzuerobern.

Früher hatte er mit der Einstellung des Eisenbahnverkehrs zwischen Russland und der Ukraine gedroht.

Dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 4. April 3:00 Uhr bis 5. April 3:00 Uhr**

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 9.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt

eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften:

**Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Spartak, Shabitschewo,**

**Dokutschajewsk, Dsershinskoje, Kominternowo, Sachanka.**

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

**Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 109.**

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis unter 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 214.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: **Trump ruft Russland und China zu weniger Ausgaben für Waffenproduktion auf**

US-Präsident Donald Trump hat Russland und China vorgeschlagen, ihre Ausgaben für die Waffenherstellung zu reduzieren.

„Soweit Sie wissen, gibt China – wie auch wir und Russland – viel Geld für das Militär aus. Diese drei Länder können meiner Meinung nach zusammenkommen, diese Ausgaben stoppen und sie in Dinge fließen lassen, die für den langfristigen Frieden wertvoller sein könnten“, wird Trump von Reuters zitiert.

Dies verlautbarte der US-Staatschef während seines Treffens mit dem chinesischen Vizepremier, Liu He, im Oval Office. Der chinesische Politiker hielt seinerseits den Vorschlag für „eine gute Idee“.

Auch aus Russland gibt es nun die erste Reaktion auf Trumps Worte. Der Vizechef des Auswärtigen Ausschusses des russischen Föderationsrates (Oberhaus), Wladimir Dschabarow, sagte dazu: „Es wäre wunderbar, dies zu realisieren; wir sind bereit, diesen Vorschlag zu unterstützen.“

Dabei befürchte der russische Außenpolitiker, dass die Erklärung von Trump „nur Worte“ sein könnten.

„Manchmal hat Herr Trump sehr kluge Ideen, aber diese werden selten umgesetzt; er steht unter sehr starkem Druck seitens des Establishments“, erläuterte Dschabarow.

Dan-news.info: Die ukrainischen Kriegsgefangenen in Donezk werden unter angemessenen Bedingungen festgehalten und erhalten alles Notwendige. Die erklärte der Koordinator der humanitären Untergruppe der Kontaktgruppe von der OSZE Toni Frisch im Ergebnis eines Besuchs im Untersuchungsgefängnis.

„Ich will den Behörden und dem Direktor des Gefängnisses danken und unterstreichen, dass sie sich gegenüber den festgehaltenen Personen angemessen verhalten. Ihnen wird alles Notwendige zur Verfügung gestellt, einschließlich ärztlicher Behandlungen“, sagte Frisch. Er lenkte auch die Aufmerksamkeit darauf, dass Kriegsgefangene die Möglichkeit haben müssen, mit ihren Verwandten Briefverkehr zu haben.

„Meine Erklärung trägt persönlichen Charakter. Ich weiß, was eine Familie bedeutet, und ich bestehe darauf, dass alle festgehaltenen Personen die Möglichkeit haben, mit ihren Familien und Verwandten in Verbindung zu treten, dass sie die Möglichkeit haben, einen Briefverkehr zu führen“, unterstrich Frisch. „Ich danke Darja Morosowa dafür, dass sie ein Maximum an Anstrengungen einbringt, dass dies möglich ist.“

Außerdem fand in Donezk ein Treffen mit der Bevollmächtigten für Menschenrechte in der

DVR Darja Morosowa, Toni Frisch und Mitgliedern von Familien von vermissten oder in der Ukraine festgehaltenen Personen statt.

### de.sputniknews.com: **USA schützen ihre Soldaten vor Weltstraengericht – und verweigern Chef-Anklägerin Einreise**

Die USA haben der Chefanklägerin des Weltstraengerichts Fatou Bensouda das Einreisevisum entzogen, um eigene Soldaten und CIA Mitarbeiter zu schützen, denen brutales Vorgehen gegenüber Häftlingen in Afghanistan vorgeworfen wird. Darüber berichtet die Deutsche Presse-Agentur unter Verweis auf das Büro der Anklägerin am Freitag.

Die Anklägerin des Internationalen Straengerichtshofs (IStGH) könne aber weiterhin nach New York reisen, wenn sie dem Weltsicherheitsrat Bericht erstatten müsse, sagte die Sprecherin. Bensouda hatte die richterliche Zustimmung zu einem offiziellen Ermittlungsverfahren beantragt. Ihr zufolge gibt es genügend Beweise für Kriegsverbrechen und Hinweise, dass US-Soldaten und Mitarbeiter des US-Auslandsgeheimdienstes CIA in den Jahren 2003 und 2004 Häftlinge gefoltert oder brutal behandelt haben.

Die USA wollen verhindern, dass das Gericht ein Ermittlungsverfahren gegen US-Soldaten wegen mutmaßlicher Verbrechen in Afghanistan einleitet. Im März hatte US-Außenminister Mike Pompeo Mitarbeitern des Gerichts mit Einreiseverboten gedroht.

Der IStGH hatte 2002 seine Arbeit aufgenommen und ist für die Ahndung von Kriegsverbrechen, Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Angriffen auf die Souveränität von Staaten zuständig. Ihm gehören 123 Länder an, darunter alle EU-Staaten. Die Vereinigten Staaten erkennen das Gericht allerdings nicht an. Der frühere US-Präsident George W. Bush hatte die Ratifizierung des Beitritts verweigert. Im Jahr 2002 verabschiedete der US-Kongress ein Gesetz zum Schutz von US-Soldaten vor Verfolgungen durch das Gericht.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32412/70/324127083.jpg>

### **nachmittags:**

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: **Die militärischen Formationen der Ukraine behindern die Wiederinbetriebnahme der Stromversorgung in Spartak.** Wie zuvor mitgeteilt wurde, beschießen die BFU trotz eines vereinbarten Regimes der Ruhe seit 10:36 Uhr das Gebiet, wo die Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten in der Ortschaft stattfinden.

Die Vertretung der DVR im GZKK hat zum vierten Mal zusätzliche Sicherheitsgarantien bei der ukrainischen Seite im GZKK angefragt, um ein nachhaltiges Regime der Ruhe

einzurichten, aber das Feuer wird nicht eingestellt.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Schäden oder Verletzten. Genauere Informationen werden ermittelt.

### de.sputniknews.com: **Was bringt erhöhte Nato-Präsenz im Schwarzen Meer mit sich – russischer General**

Zu den Plänen der Nato, eine Vielzahl von Schiffen ins Schwarze Meer zu entsenden, um der ukrainischen Marine eine sichere Passage durch die Straße von Kertsch zu ermöglichen, meint General Jewgeni Buschinski, er könne sich kaum vorstellen, wie die Allianz dies in der von Russland kontrollierten Meerenge fertigbringen soll.

Im Gespräch mit „Sputnik“ sagte der Vizepräsident des Russischen Rates für internationale Angelegenheiten, er sei stets der Meinung gewesen, in der Nato gäbe es keine Verrückten.

„Die Ukraine wünscht zwar sehr, dass diese Passage von den USA gewährleistet wird. Aber die Amerikaner lassen sich damit Zeit und sagen, dazu seien eben die Europäer da. Es heißt, jene sollen ihre deutschen, französischen und holländischen Schiffe dorthin entsenden. Das Ganze dürfte aber damit enden, dass irgendein Nato-Schiff dort aufläuft und dann lange flottgemacht wird. Und russische Militärs von der Höhe der Krim-Brücke aus diesen Vorgang mitverfolgen.“

Militärexperten warnen, dass bei den verstärkten Nato-Aktivitäten im Schwarzen Meer jeder Zwischenfall von der Art der Ereignisse in der Meerenge von Kertsch Ende des vergangenen Jahres, als drei ukrainische Schiffe gesetzwidrig die Grenze überquerten und ins russische Hoheitsgewässer einliefen, durchaus eine reale bewaffnete Auseinandersetzung zwischen dem Atlantischen Bündnis und Russland auslösen könnte.

Und wenn man dazu noch Kampfbereitschaft simuliert und Truppen in Stellung bringt, wird das Risiko sehr hoch. Es würde dann schwerfallen, einen Ausweg aus dieser Lage zu finden, weil heute die Mechanismen zur Vorbeugung von Konflikten fehlen, die während des Kalten Krieges funktioniert haben.

Der General meint weiter: „Fasst man die Rhetorik der USA und ihre Dokumente genauer ins Auge, muss man schlussfolgern, dass dort eine ‚ungescheuchte Generation‘ an die Macht gekommen ist, Menschen also, die keinen Krieg mitgemacht und keine Ahnung vom Krieg haben. Nach Vietnam hat ja Amerika keine echten Kriege geführt. In Jugoslawien und Libyen haben sie alles einfach platt gebombt. Selbst im Irak, wo es zum Bodeneinsatz kam, hatten sie Husseins Republikanische Garde bestochen und zogen in Bagdad ein.“

In Amerika fehle der Sinn für Gefahr und das Angstgefühl, ist sich Buschinski sicher.

„Nimmt man etwa die Konzeptionen der ‚unannehmbaren Verluste‘, die sich einst McNamara und Kennedy in den 60er Jahren überlegt hatten, als sie berechneten, wie viel die USA im Krieg verlieren könnten, ob 40 Millionen oder mehr. Inzwischen denkt gar niemand daran. Obwohl man nach der Explosion der Zwillingstürme, bei der es 3000 Opfer gegeben hatte, gesagt hatte, dies sei eben ein unannehmbarer Verlust.“

Mit der Gründung der Nato hätten die USA das Ziel verfolgt, ihre Präsenz in Europa zu festigen, gab während der Diskussion in der Nachrichtenagentur „Rossija Sewodnja“ der Leiter des Russischen Rates für internationale Angelegenheiten, Alexander Kramarenko, zu bedenken. Sie sollte Russland aus Europa heraushalten und Deutschland unter Kontrolle halten. „Russland ist aber sowieso ein Teil Europas, Deutschland braucht man militärisch nicht mehr unten zu halten, und selbst die EU fasst Trump inzwischen als Wirtschaftsriivalen auf.“

Buschinski ergänzte, der amerikanische Präsident habe genug davon, bis zu 75 Prozent des Nato-Verteidigungshaushalts zu finanzieren, stattdessen verlangt er einfach nach Geld. „Es geht um einen Betrag von ca. 100 Milliarden Dollar jährlich, den die Europäer der US-Rüstungsindustrie zuführen sollen. Dabei stellt Trump die Frage ziemlich scharf. Wollen die Europäer irgendwelche Panzer modernisieren, Flugzeuge herstellen? Wozu? Es gibt doch

vorzügliche amerikanische Flugzeuge, Panzer und Mannschaftstransportwagen, die von den Europäern gekauft werden müssen. Die Europäer mögen sich noch so weigern, sie werden das kaufen, was die Amerikaner ihnen anbieten werden.“

Beim Jubiläumstreffen der Nato-Außenminister in Washington anlässlich 70 Jahren Allianz wählte US-Vizepräsident Mike Pence Deutschland zur Hauptzielscheibe seiner Kritik. „Es muss mehr tun, die Nato stellt einen Vertrag über kollektive Verteidigung dar und nicht etwa eine Sicherheitsgarantie, die von einem Land geleistet wird. Wir wollen, dass alle Verbündeten sich an unseren gemeinsamen Anstrengungen beteiligen und den von ihnen übernommenen Verpflichtungen auch nachkommen.“ Deutschland weigere sich jedoch nach wie vor, „die zwei Prozent seines BIP für unsere gemeinsame Verteidigung abzugeben“. Pence klagte, während Deutschland die größte Volkswirtschaft Europas sei, habe die Bundesregierung beschlossen, die Ausgaben des Landes für die Verteidigung bis 2024 auf bloße 1,5 Prozent des BIP zu beschränken.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32459/79/324597983.jpg>

Dnr-online.ru: Am 5. April wurde eine neue gesellschaftliche Organisation in der DVR gegründet – die militärisch-patriotische Bewegung „Junge Garde – Jungarmee“, die Gründungskonferenz fand heute im militärhistorischen Museum des Großen Vaterländischen Krieges statt. Für die Gründung stimmten einstimmig 67 Delegierte von 35 militärisch-patriotischen Klubs unserer Republik. Zum ersten Leiter des Zentralstabs der neuen Organisation wurde der stellvertretende Leiter der Abteilung für militärisch-patriotische Erziehungen und Gesundheit der Jugend des Ministeriums für Jugend, Sport und Tourismus der DVR Witkor Pudak gewählt.

„Heute ist alles in unseren Händen. Alles was von unseren Großvätern und Urgroßvätern geschaffen wurde, was uns unsere Eltern lehrten, dank dessen wir uns im Jahr 2014 gegen den braunen Dreck erhoben haben. Vor uns ist eine großer Arbeitsbereich“, sagte der Leiter der Hauptabteilung für soziale Unterstützung von Soldaten im Ruhestand und zur patriotischen Erziehung beim Oberhaupt der DVR Wladimir Kononow in einem Grußwort.

Bei der Gründungskonferenz wurde entschieden, eine gesellschaftliche Organisation zu gründen, die Satzung der Organisation beschlossen, ihre Struktur festgelegt, eine Konzeption für die Symbolik der militärisch-patriotischen Bewegung gebilligt, der Leiter des Zentralstabs und die Leiter von vier territorialen Stäben in Gorlowka, im Nowoasowskij-Bezirk, in Donezk und in Komsolskoje gewählt.

Der stellvertretende Leiter der Volksmiliz der DVR Oberst Eduard Basurin sagte, dass es schon 2015 Bestrebungen gab, in der Republik eine solche Organisation zu gründen. „Heute erfolgt die juristische Bestätigung des Status der Organisation, auf deren Grundlage wir künftig werden arbeiten können. Es ist erfreulich zu erkennen, dass es bei uns viele

Erwachsene gibt, die die Notwendigkeit der Arbeit mit Kindern verstanden haben, ihrer Erziehung zur Liebe zu ihren Land, zu ihrer historischen Erinnerung“, unterstrich er. ... Es ist geplant, dass die „Jungarmisten“ die Militärparade auf der zentralen Straße von Donezk am 9. Mai 2019 eröffnen.

Die gesellschaftliche Organisation „Junge Garde – Jungarmee“ ist eine selbst organisierte nicht kommerzielle Vereinigung, die auf Initiative von Bürgern gegründet wurde ... Die Hauptgebiete der Arbeit der Bewegung sind: die Organisation der Aktivität in technischen und militärischen Sportarten; die Durchführung von heimatkundlichen Versammlungen, militärisch-sportlichen Wettbewerben, Übungen, Spielen, Exkursionen, Freiwilligenarbeit, Durchführung von Veranstaltungen zu Gedenktagen der Republik, historischen Ereignissen. Mitglieder können Einwohner der DVR zwischen 8 und 35 Jahren werden, wenn sie den Eid der Jungarmisten ablegen wollen.

### de.sputniknews.com: **Joe Bidens ukrainischer Alptraum: Sohn Hunter im Visier der Ermittler**

Neue Details zur Entlassung des ukrainischen Generalstaatsanwalts Viktor Schokin sind ans Licht gekommen. Schokin war 2016 auf Drängen des ehemaligen US-Ex-Vizepräsidenten Joe Biden aus dem Amt gejagt worden. Die US-Zeitung „The Hill“ will nun den wahren Grund dafür erfahren haben.

Im vergangenen Jahr hatte Biden der Versuchung nicht widerstehen können, damit zu prahlen, wie er Poroschenko dazu gezwungen hatte, den ukrainischen Generalstaatsanwalt Viktor Schokin zu feuern. Washington werde die versprochene Finanzhilfe von einer Milliarde US-Dollar streichen, hatte Biden damals dem ukrainischen Staatschef gedroht.

„Ich verreise in sechs Stunden. Wenn der Generalstaatsanwalt bis dahin nicht gefeuert wird, werdet ihr kein Geld bekommen“, erinnerte sich der Ex-Vizepräsident.

Offiziell lautete der Vorwurf gegen Schokin, er habe nicht genug getan, um die Korruption im Lande zu bekämpfen.

Es gab aber offenbar einen anderen Grund, den Biden verschwiegen haben soll: Wie „The Hill“ von einem namentlich nicht genannten ukrainischen Beamten erfuhr, hatte Schokin wegen Korruptionsvorwürfen gegen das ukrainische Erdgasunternehmen Burisma Holdings ermittelt, in dem Bidens Sohn Hunter Vorstandsmitglied war.

Aus US-amerikanischen Bankunterlagen gehe hervor, dass Hunter Bidens Investitionsfirma Rosemont Seneca Partners LLC, die in den USA ansässig ist, im Zeitraum von 2014 bis 2015 regelmäßige Geldüberweisungen von Burisma Holdings erhalten habe. Das seien gut 166.000 US-Dollar pro Monat gewesen.

Die Ermittlungsdokumente listen Hunter Biden, seinen Geschäftspartner Devon Archer und ihre Firma Rosemont Seneca als potenzielle Empfänger dieser Geldtransfers auf.

Vor seiner Entlassung hatte Schokin nach eigenen Angaben vorgehabt, alle Vorstandsmitglieder von Burisma zu befragen, darunter auch Bidens Sohn.

Doch mit der Entlassung Schokins ist die Sache nicht erledigt: Teile des Ermittlungsverfahrens seien 2018 wieder aufgerollt worden, soll die US-Zeitung erfahren haben. Doch wegen „äußerer Einflussnahme“ komme das Verfahren nur schleppend voran, so Nasar Cholidnyzki, der Anti-Korruptions-Ermittler in Luzenkos Team. Um was für Einflussnahme es geht, präzisierte er allerdings nicht.

Der jetzige Generalstaatsanwalt der Ukraine, Juri Luzenko, will nun dem US-Justizminister William Barr neue Beweise zu den mutmaßlichen unlauteren Geschäften von Hunter Biden und der direkten Einmischung von Joe Biden in die inneren Angelegenheiten vorlegen.

Ende März 2016 stimmten 289 Abgeordnete des ukrainischen Parlaments (nötig waren mindestens 226) auf Vorschlag von Poroschenko für den Rücktritt des Generalstaatsanwaltes Viktor Schokin. Poroschenko gab als Grund an, mehrere Fraktionen im Parlament wären mit der Arbeit des Generalstaatsanwalts unzufrieden gewesen.

Schokin's Amt übernahm der umstrittene Politiker Juri Luzenko. Luzenko ist kein ausgebildeter Jurist. 2009 hatte er für einen Alkohol-Eklat am Frankfurter Flughafen gesorgt, als ihm wegen seines alkoholisierten Zustands der Weiterflug nach Seoul verweigert worden war, hatte „Focus“ damals berichtet.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32459/85/324598580.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 13:40 Uhr das Feuer aus Richtung Talakowka in Richtung **Kominternowo** unter Verwendung von Mörsern des Kalibers 82mm und Schusswaffen eröffnet.

Infolge des Beschusses wurden Schäden an zwei Häusern festgestellt:

- Achmatowa-Straße 26 (Brand der Veranda und der Küche);
- Pobeda-Straße 7 (das Dach ist beschädigt).

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer. Genauere Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: **Präsidentschaftswahl in der Ukraine: US-Außenamt wirbt für Poroschenko**

Der US-Sonderbeauftragte für die Ukraine Kurt Volker hat in einem Interview mit dem Sender PBS die Ukrainer über die Vorteile des heutigen Präsidenten Petro Poroschenko im Vergleich zu seinem Herausforderer Wladimir Selenski aufgeklärt.

Die ukrainischen Bürger stünden heutzutage vor der Wahl, betonte Volker. „Möchten sie einen, der einfach gegen das Establishment auftritt und umfassende Reformen verspricht? Oder möchten sie einen, der sie zwar in einiger Hinsicht enttäuscht hat, aber gleichzeitig wesentlich mehr Reformen durchgeführt hat, als irgendjemand sonst seit 20 Jahren in der Ukraine, und gegen (den russischen Präsidenten – Anm. d. Red.) Putin aufgetreten ist?“, äußerte er.

Auf die Frage, ob er unter der letzteren Person Petro Poroschenko meine, bestätigte Volker dies und betonte, der Ausgang der Stichwahl sei noch unklar, was von einem demokratischen Charakter der Wahlen in der Ukraine zeuge.

Am Sonntag, dem 31. März, fanden in der Ukraine Präsidentenwahlen statt. Laut Angaben der Zentralen Wahlkommission konnte keiner der Kandidaten die für den Sieg in der ersten Runde erforderliche Stimmenzahl sammeln. Nun soll es am 21. April zur Stichwahl zwischen dem Noch-Präsident Petro-Poroschenko und dem Schauspieler und politischen Quereinsteiger Wladimir Selenski kommen.

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage**

## **an der Kontaktlinie vom 30. März bis 5. April 2019**

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **neunmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von sieben Ortschaften der Republik beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 24. mechanisierten und der 57. Panzergrenadierbrigade unter Kommando der Kriegersverbrecher Guds und Mischantschuk und der 35. Marineinfanteriebrigade unter Führung von Palas aus **Trudowskije, Shabitschewo, Spartak** und **Dokutschajewsk** mit Schützenpanzerwagen Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben die Kämpfer der 79. Luftsturmbrigade unter Kommando des Kriegersverbrechers Kuratsch **Sachanka, Dershinskoje** und **Kominternowo** mit Mörsern der Kaliber 120 und 82mm, Antipanzernkraketen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen. Insgesamt wurden **in der letzten Woche 78 Beschießungen auf die Gebiete von 23 Ortschaften** der Republik festgestellt, wobei Mörser der Kaliber 120 und 82mm, Antipanzernkraketen, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt wurden.

Die ukrainischen Besatzungstruppen haben am 1. April 2019 von den Positionen der 30 mechanisierten Brigade unter Kommando des Kriegersverbrechers Garas Dolomitnoje, Sajzewo und Golmowskij beschossen. Es wurden fünf Gebäude, ein Kinderspielplatz und zwei Garagen beschädigt.

Von den Positionen der 58. Brigade der BFU aus wurde das Feuer auf die Siedlung des Isotow-Bergwerks eröffnet. Dabei wurden zwei zivile Häuser in der Saslawskij-Straße beschädigt.

Infolge von Beschuss auf Dokutschajewsk durch die Kämpfer der 35. Marineinfanteriebrigade wurde ein Wohnhaus in der Sowjetskaja-Straße beschädigt.

Zuvor wurde am 31. März 2019 während des Beschusses durch Einheiten der BFU auf Sajzewo ein Ehepaar, das in der Karbyschew-Straße wohnt, verletzt.

Alle Informationen werden mit Foto- und Videomaterialien an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, geschickt sowie an die Generalstaatsanwaltschaft zur Aufnahme von Strafverfahren übergeben.

Die Beobachter der OSZE-Mission haben Waffen der ukrainischen Streitkräfte, die in Verletzung der Abzugslinie stationiert sind festgestellt: 5 Abwehrraketenkomplexe 9K33 „OSA“, 2 135mm-Antipanzerraketenkomplexe 9P148 „KONKURS“, 8 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“, 8 120mm-Mörser PM-38.

Im Zusammenhang mit der Zunahme der Beschuldigungen der ukrainischen Seite durch die OSZE bezüglich der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zum Abzug schwerer Waffen an die Abzugsorte, wobei diese Fakten in den offiziellen Berichten aufgeführt werden, setzt das ukrainische Militärkommando nach wie vor als eine seiner Prioritäten die **Aktivierung der Tätigkeit zur Verhinderung der Entdeckung verbotener Waffen** auf den Positionen. Im Verlauf der letzten Woche wurde die Durchführung von **Trainings von Raketenabwehrmannschaften** der 79. Luftsturmbrigade und der 35. Marineinfanteriebrigade bemerkt. Grundlegendes Ziel der Übungen war die **Bekämpfung von Drohnen der OSZE** und die Erarbeitung von Fertigkeiten zu ihrer Vernichtung.

Außerdem hat in der letzten Zeit die Praxis von Kommandeuren von Einheiten zugenommen, Mitarbeitern der OSZE-Mission alte Geschosskrater oder einfach Gruben zu demonstrieren, die als Folgen von kürzlichem Beschuss ausgegeben werden, um die Volksmiliz der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen.

Obwohl die letzte Woche durch solche für die ukrainische Gesellschaft bedeutsame Ereignisse wie die Präsidentschaftswahlen charakterisiert war, hat das ukrainische Militärkommando, dem die Perspektivlosigkeit einer direkten Feuerkontakts mit Einheiten der Volksmiliz klar ist, nach wie vor die hauptsächlichen Anstrengungen auf **Schläge auf**

**Wohninfrastrukturobjekte und Lebenserhaltungsobjekte** konzentriert.

So wurden am 1. April Wohngebiete der Republik entlang der Kontaktlinie massiv mit Mörsern beschossen. Wir merken an, dass die Schläge zielgenau erfolgten, um maximalen Schaden anzurichten. An diesem Tag wurde die Beschädigung von mehr als zehn Wohnhäusern, Garagen und Gebäuden festgestellt. Unter **Beschuss geriet sogar ein Kinderspielplatz in Golmowskij**. Ziel solcher Schläge ist es, Panik unter der Bevölkerung zu säen und das sowieso schwierige Leben der Bürger Republik einfach unerträglich zu machen. Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten unter der Führung von Najew die Brigadekommandeure der BFU und Kriegsverbrecher Kuratsch, Bryshinskij, Mischantschuk, Palas und Guds.

Gegen alle diese Personen hat die Generalstaatsanwaltschaft Strafverfahren aufgenommen. Keiner der Verbrecher wird der Verantwortung für seine Taten entkommen.

Ich stelle Ihnen eine Drohne der BFU vor, die Aufklärung betrieben und das Mörserfeuer auf zivile Objekte geleitet hat und die von unseren Soldaten abgeschossen wurde.

**Die ukrainischen Kriegsverbrecher setzen sich das Ziel, nicht nur ein Genozid an der Bevölkerung der Volksrepublik durchzuführen, sondern auch an der Bevölkerung, die auf dem Territorium der Ukraine lebt.** Als ein Beispiel dafür kann der regelmäßige Beschuss der Donezker Filterstation und der Wasiljewker Wasserpumpstation erster Ebene der Jushno-Donbaskij-Wasserwerke dienen, der das Ziel hat, diese zu vernichten und eine ökologische und humanitäre Katastrophe in der Region hervorzurufen. Aber weil die Schäden an den Stationen beseitigt werden und sie weiter funktionieren, wurden auf Befehl des Kommandeurs der Strafoperation Najew drei Wasserpumpstationen in den Gebieten von Semjonowka, Wolnowacha und Mariupol gestoppt, das heißt auf ihrem zeitweilig besetzten Territorium. Infolge solcher nicht weitsichtiger Entscheidungen hatten etwa zwei Millionen Menschen kein Wasser. Da die Folgen dieser Handlungen deutlich wurden und unter Druck der Öffentlichkeit haben die Stationen ihre Funktion wieder aufgenommen. Aber da uns die fehlende Weitsichtigkeit der Vorgehensweise des ukrainischen Militärkommandos bekannt ist, schließen wir eine solche Art von „Wasser“provokationen auch im Weiteren nicht aus.

Am Beispiel des Stopps der drei Wasserpumpstationen kann man die Rachsucht des derzeitigen Präsidenten der Ukraine, der entschied, die Bevölkerung des Donbass wegen der winzig kleinen Zahl der ihn unterstützenden Stimmen bei den Wahlen und seinem äußerst geringen Rating im Südosten des Landes ohne Wasser zu lassen, deutlich charakterisieren. So hat er den Einwohnern des Donbass eine Botschaft gesandt, dass sich im Fall eines wiederholten Sieges am 21. April seine Drohungen bezüglich der Abschaltung des Wassers im Donezker Oblast wiederholen könnten, und dann für einen langen Zeitraum.

Aus Informationen einer Quelle im Generalstab der ukrainischen Streitkräfte wurde uns das äußerst **wenig zufriedenstellende Niveau der militärischen Disziplin, der Rechtsordnung und des moralisch-psychischen Zustands** der Truppen im ersten Quartal dieses Jahres bekannt. So wurde die schwierigste kriminogene Situation in der 58. Panzergrenadierbrigade und der 35. Marineinfanteriebrigade bemerkt, nämlich: nicht kampfbedingte Verluste von 54 Mann, davon 8 Selbstmorde, 12 Morde aufgrund von nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen unter Alkohol- und Drogeneinfluss, 32 Todesfälle in der Folge von Verkehrsunfällen und Verletzung von Sicherheitsbestimmungen. Außerdem haben 118 Soldaten die Positionen eigenmächtig verlassen und sind aus der Kampfzone desertiert. Wie bisher bleibt der Diebstahl von Waffen und Munition ein einträgliches Geschäft. Von der Staatsanwaltschaft wurden mehr als 70 Fälle von Waffendiebstahl festgestellt. In den Listen des Gestohlenen finden sich 60 Feuerwaffen (Maschinengewehre und automatische Waffen) sowie 5 Antipanzerraketenkomplexe.

Ein Beispiel für einen der letzten Fälle von Waffendiebstahl ist die Festnahme einer Gruppe von Soldaten des 2. Bataillons der 93. mechanisierten Brigade beim Versuch der ungesetzlichen Ausfuhr von 4 Kalaschnikow-Gewehren und 2 großkalibrigen

Maschinengewehren samt Munition durch Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes am 2. April im Gebiet von Awdejewka. Die Festgenommenen wurden in die Kommandantur von Awdejewka gebracht, die Ermittlungen laufen.

In diesem Zusammenhang wurde die Ankunft einer Kommission des Dienstes für Raketenartilleriewaffen des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ im Verantwortungsbereich der 93. Brigade festgestellt, die die während des Aufenthalts der Einheit in der OOS-Zone verlorenen und gestohlenen Waffen überprüfen soll.

**In der letzten Woche betrogen die Verluste des Gegners 18 Tote und 25 Verletzte.** Davon starben 12 infolge der Vernichtung von Feuerstellungen, von denen aus das Feuer auf Ortschaften der Republik eröffnet wurde, durch uns, 19 wurden dabei verletzt. Bei den übrigen 12 war die Ursache unvorsichtiger Umgang mit der Waffe und Nichteinhaltung von Sicherheitsbestimmungen beim Umgang mit Munition. Im Verlauf der letzten Woche wurde **ein weiterer Fall einer Explosion eines „Molot“-Mörser** im Verantwortungsbereich der 35. Marineinfanteriebrigade festgestellt. Dabei starb ein Soldat und zwei wurden schwer verletzt. In diesem Zusammenhang hat das Kommando der OOS die Brigadekommandeure angewiesen, die „Molot“-Mörser in die Raketenartilleriewaffenlager der Gruppierung zu geben, bis die Ursachen des Geschehens aufgeklärt sind.

Nach dem gescheiterten Wahlkampf unterlässt der derzeitige Präsident der Ukraine die Versuche nicht, mit allen möglichen Mitteln auf dem unter ihm ins Wanken geratenen Präsidentensessel sitzen zu bleiben. Um den derzeitigen Kurs zu bewahren, haben **westliche Kuratoren und die Hauptabteilung Aufklärung des Verteidigungsministeriums und der Spezialoperationskräfte der Ukraine einen etappenweisen Plan zur Destabilisierung der Lage in der Republik ausgearbeitet.**

Den Plan hat auf Initiative des Staatsoberhauptes der Kommandeur der Spezialoperationskräfte Generalleutnant I.W. Lunjow ausgearbeitet. Ziel ist es, P.A. Poroschenko auf dem Posten des Präsidenten unabhängig von den Wahlergebnissen zu halten.

Aus Dokumenten, die über die Linie der Hauptabteilung Aufklärung der DVR eingegangen sind, wurde folgendes bekannt:

In der ersten Etappe planen die Spezialoperationskräfte der Ukraine durch Verschärfung der kriminogenen Lage und der sozialen Spannungen die **Schaffung von Proteststimmungen** unter den Einwohnern der Republik, deren Hauptherde sollen in Gorlowka, Jenakiewo, Jasinowataja und Pantelejmonowka in Erscheinung treten.

In der zweiten Etappe sind der **Übergang von mit Legenden ausgestatteten Spezialgruppen des SBU auf das Territorium der Republik und die Aktivierung von schlafenden Kampfzellen** in Städten von bezirkswweiter Bedeutung der DVR geplant.

In der dritten Etappe plant das Kommando der Spezialoperationskräfte die Durchführung von **Diversionen an lebenswichtigen Objekten der Republik.** Zur Durchführung des abschließenden Stadiums wurden mehr als zehn Diversions- und Erkundungsgruppen aus dem 3. und 8. Regiments des 140. Spezialzentrums der Spezialoperationskräfte der Ukraine gebildet, die die Aufgabe haben, Diversionen an kritisch wichtigen Objekten und an Orten mit Menschenansammlungen durchzuführen. Im Weiteren ist geplant, durch gemischte Abteilungen des 83. und 74. Zentrums für **informationspsychologische Operationen** aus Einheiten des psychologischen Kampfes unter Nutzung kontrollierter ukrainischer Massenmedien Falschmeldungen zu lancieren und die Führung der Republik und das Kommando der Volksmiliz der DVR des Geschehens zu beschuldigen.

**Die Kontrolle über die Ausführung erfolgt durch eine Gruppe für psychologische Operation der Streitkräfte der USA,** deren Leiter der stellvertretende Kommandeur der vierten Gruppe für psychologische Operationen Oberst D. Weatherford ist.

Nach dem Plan der westlichen Kuratoren könnte es die Realisierung der vorgesehenen Pläne dem derzeitigen Oberhaupt der Ukraine erlauben, den Präsidentenposten zu erhalten und weiter die Interessen seiner Herren zu vertreten und nicht die seines ohnehin verelendeten

Volks.

**Alle militärischen Strukturen der Republik sind in erhöhte Arbeitsbereitschaft versetzt,** wir kennen alle Pläne des Feindes und in der nächsten Zeit werden die „tapferen“ ukrainischen Spezialkräfte von den Fernsehschirmen republikanischer Medien die Einwohner der Republik mit Tränen in den Augen um Verzeihung bitten und darum flehen, dass man sie gehen lässt.

**Unsere Einheiten sind bereit, auf Befehl des obersten Kommandeurs D. Puschilin nicht nur die Versuche von Angriffshandlungen des Gegners zu unterbinden, sondern auch die von der Kiewer Junta besetzten Territorien des Donbass zu befreien.**

In der letzten Woche fanden im Rahmen des Programms zur militärischen Ausbildung der Volksmiliz der DVR Trainings von Mörser- und Raketenartillerieeinheiten statt sowie Übungen mit Scharfschützen. Während der Trainings wurden Normative zum Ausfall und zur Einnahme von Feuerpositionen, zur Verlegung von den Grund- auf Reservepositionen erarbeitet. Die Einheiten haben gute und hervorragende Ergebnisse gezeigt.

de.sputniknews.com: **WTO unterstützt Russland im Transit-Streit mit Ukraine**

Die Ukraine hat in einem Handelsstreit mit Russland bei der WTO verloren. Gegenstand des Verfahrens ist der Transit ukrainischer Güter.

Wie das Portal euointegration.com.ua am Freitag schreibt, hat die Welthandelsorganisation die russische Position unterstützt, wonach die politische Situation in der Ukraine im Zeitraum von 2014 bis 2015 erhebliche Gefahren für seine nationale Sicherheit dargestellt habe. Vor diesem Hintergrund seien die Transitbeschränkungen für ukrainische Waren, die nach Kasachstan oder Kirgisistan über Russlands Territorium transportiert werden, nicht regelwidrig, beschloss die WTO.

Russland hatte am 1. Januar 2016 zum Schutz des eigenen Marktes den Vertrag über die Freihandelszone mit der Ukraine im Rahmen der GUS ausgesetzt sowie Zölle und ein Lebensmittelembargo eingeführt. Anfang Juli verlängerte der russische Präsident Wladimir Putin per Dekret das Verbot für den Transit ukrainischer Güter durch das Territorium Russlands nach Kasachstan und Kirgistan bis zum 1. Januar 2019.

Die Beziehungen zwischen Kiew und Moskau hatten sich nach der Wiedervereinigung der Krim mit Russland im März 2014 und nach Beginn des Donbass-Konflikts im April desselben Jahres verschlechtert.

Mil-lnr.info: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A. W. Marotschko über die Situation an der Kontaktlinie vom 30. Mrz bis 05. April 2019**

Guten Tag! Heute informiere ich über Ergebnisse der Tätigkeit der Volksmiliz der LVR und die Lage an der Kontaktlinie in der letzten Woche.

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt. **In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Truppen fünfmal das Regime der Feueereinstellung verletzt.** Dabei haben die von Kiew kontrollierten Kämpfer 122mm-Artilleriegeschütze sowie Mörser der Kaliber 120 und 82mm eingesetzt.

**In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen 45-mal das Regime der Feueereinstellung verletzt.** Dabei hat der Gegner 152mm- und 122mm-Artillerie, 120mm- und 82mm-Mörser, Antipanzerkettenkomplexe, Granatwerfer verschiedener Art, Schützenpanzerwaffen und großkalibrige Schusswaffen eingesetzt.

IAuf das Territorium der Republik wurden insgesamt **mehr als 900 Geschosse abgefeuert.** Von Seiten der ukrainischen Truppen wurden die Gebiete von **14 Ortschaften beschossen.** Der Gegner hat die **Zahl der Beschießungen des Territoriums der Republik vergrößert und versucht eine Verschärfung der Lage an der Kontaktlinie zu provozieren.**

Am 29. März wurden infolge feindlichen Mörserbeschusses der Republik eine Gasleitung und vier Elektrounterstationen in Solotoje-5 beschädigt, dadurch hatten zwei Wohnhäuser in der Potschtowaja-Straße kein Gas, 189 Verbraucher der Ortschaft hatten keinen Strom. Außerdem haben Vertreter des GZKK in der LVR die Detonation einer 122mm-Granate im Hof eines Wohnhauses in Kalinowo festgestellt.

Infolge von verbrecherischen Handlungen der Kiewer Strafruppen wurden am 2. April Objekte der zivilen Infrastruktur in Golubowskoje zerstört. Vertreter des GZKK in der LVR stellten Zerstörungen an einem Wohnhaus in der Artjom-Straße fest. Nur durch glücklichen Zufall konnten Opfer unter der örtlichen Bevölkerung vermieden werden.

Alle Informationen über den Beschuss von Ortschaften werden mit Foto- und Videomaterialien an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, geschickt sowie an die Generalstaatsanwaltschaft zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die Kriegsverbrecher und Kommandeure Majstrenko (54. mechanisierte Brigade) und Subanitsch (10. Gebirgssturmbrigade) übergeben. ....

Wir haben mehrfach mitgeteilt, dass Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Kämpfer in der Nähe der Kontaktlinie stationiert sind und mit diesen das Territorium der LVR beschossen wird. Oft sind diese **Waffen in Wohngebieten der von den Strafruppen besetzten Ortschaften** stationiert und gefährden so das Leben friedlicher Bürger.

So hat unsere Aufklärung in der letzten Woche entdeckt:

2 Schützenpanzer, versteckt in einem Wohngebiet von Nowoswanowka;

im Gebiet von Muratowo wurde die Stationierung von zwei Abwehrraketekomplexen „Osa“ entdeckt;

in der Nähe von Popasnaja wurden fünf Schützenpanzer entdeckt.

Zwei Schützenpanzer sowie ein Abwehrgeschütz 3U-23 wurden von den ukrainischen Strafruppen nicht weit von Pritschepilowka stationiert.

Die **Stationierung dieser Waffen bestätigt auch die OSZE-Mission** in ihren Berichten. ...

Außerdem haben die BFU die Nutzung von **Drohnen an der Kontaktlinie** aktiviert. Ich versichere den ukrainischen Truppen, dass diese Maßnahmen nutzlos sind, weil die Luftabwehrkräfte der LVR regelmäßig die rechtswidrigen Handlungen des Gegners unterbinden und die ukrainischen Streitkräfte regelmäßig ihre Drohnen verlieren.

In dieser Woche wurde eine weitere Drohne der 54. mechanisierten Brigade abgeschossen, die sich von Katerinowka, das von den ukrainischen Truppen kontrolliert wird, in Richtung Perwomajsk bewegte. ...

Ein weiteres (neben dem Alkoholismus und der Drogenabhängigkeit) nicht weniger wichtiges Probleme in der ukrainischen Armee ist der Diebstahl von Material und Waffen. Trotz der verzweifelten Versuche des Kommandos der Operation der Besatzungskräfte, den Diebstahl in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte und der Nationalgarde zu unterbinden oder wenigstens zu verheimlichen, nimmt das Ausmaß des gestohlenen Materials ständig zu. In den Berichtsdokumenten wird das gestohlene Material als bei den zahlreichen Bränden oder während Kampfhandlungen vernichtet angegeben. ....

Entgegen den Erklärungen der Kiewer Regierung über die Unterstützung des derzeitigen Präsidenten durch die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte hat der erste Wahlgang das Gegenteil gezeigt.

So konnte Poroschenko gemäß Informationen aus offenen Quellen keinen überzeugenden Sieg erreichen oder die Mehrzahl der Stimmen erhalten.

Untersuchungen der Aktivität von Soldaten in den geschlossenen Wahllokalen verweisen eindeutig auf eine Ablehnung der Politik der derzeitigen Führung und darauf, dass **Einschüchterung und Stimmenkauf nicht den erwarteten Effekt erbracht** haben. Mehr als die Hälfte der Soldaten in der OOS-Zone stimmten gegen den derzeitigen Präsidenten und bevorzugten andere Kandidaten. In 39 von 79 der speziellen Wahllokale für die Soldaten stand Poroschenko nicht an der Spitze.

Es ist bemerkenswert, dass selbst unter der Kontrolle des in der Zone der Strafoperation eingetroffenen Leiters des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Wiktor Mushenko die Soldaten nicht auf die Drohungen des Kommandos und Geldversprechen Pjotr Alexejewitschs eingingen. Der Hauptteil der Armee ist es leid in Schützengräben zu sitzen, den Raub und die Lügen der politischen Führung zu sehen, er sieht einen anderen Kandidaten als Präsidenten der Ukraine.

Insgesamt stimmten am 31. März 31.551 Personen ab, die Beteiligung betrug 67,1%. Für Poroschenko stimmen 12.844, das sind 40%, der Gesamtzahl der Wähler. Für die übrigen Kandidaten, einschließlich Selenskij, der 12.423 Stimmen erhielt, gaben 18.707 Personen, also 60% ihre Stimme ab.

So hat sich die **bedingungslose Unterstützung Poroschenkos in den Streitkräften als gewöhnlicher Mythos erwiesen**, der von Handlangern verbreitet wurde. Und der Hauptgegner des Präsidenten Selenskij, der sich nicht mit Selbst-PR befasste und den Soldaten keine Versprechen gab, blieb nur mit 421 Stimmen zurück, was davon zeugt, dass die Soldaten mit der von der derzeitigen Regierung durchgeführten Politik in den ukrainischen Streitkräften nicht einverstanden sind. ....

#### de.sputniknews.com: **Warum nicht einfach Patriot statt S-400 kaufen? Erdogan begründet Wahl**

Eigentlich würde es für die Türkei als Nato-Mitglied mehr Sinn ergeben, US-amerikanische Luftabwehrsysteme Patriot zu erwerben. Stattdessen beharrt Ankara zum Ärger Washingtons auf den Kauf der russischen S-400-Systeme. Präsident Recep Tayyip Erdogan hat am Freitag die Wahl seines Landes begründet.

Die Russen haben laut Erdogan für ihre Flugabwehrsysteme vom Typ S-400 ein besseres Angebot gemacht als die USA für ihre Patriot-Anlagen.

„Wir hatten den USA angeboten, ihre Patriots zu kaufen. Amerika hat uns aber nicht die geeigneten Bedingungen geboten“, sagte der türkische Staatschef laut der Nachrichtenagentur Anadolu.

Die US-Rhetorik zu dieser Frage bezeichnete Erdogan als „falsch“. Der Deal mit Moskau sei endgültig abgeschlossen, die Zahlungen für die S-400-Systeme würden weiter überwiesen. Der US-Sender CNBC hatte zuvor berichtet, die S-400-Luftabwehrkomplexe kosteten die Hälfte der Patriot-Systeme.

Russland soll der Türkei insgesamt vier S-400-Divisionen im Gesamtwert von 2,5 Milliarden US-Dollar übergeben. Dabei wird ein Teil dieser Summe durch einen von Russland gewährten Kredit gedeckt.

Eine Gruppe von US-Senatoren hatte zuvor einen Gesetzentwurf vorgelegt, der den USA die Lieferung von Kampfflugzeugen vom Typ F-35 an die Türkei untersagen soll, bis Ankara auf den Kauf von russischen S-400-Luftabwehrsystemen verzichtet.

Das S-400-System gilt als eines der effektivsten Langstreckenflugabwehrsysteme der Welt. Es kann bis zu 300 Ziele zugleich erfassen und sie in einer Entfernung von bis zu 400 Kilometern und einer Flughöhe von 27 Kilometern bekämpfen.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32315/26/323152601.jpg>

Dan-news.info: Der Zentralstab der Volkseinheiten der DVR hat die erste Gruppe von Rekruten mit 40 Personen zur Ausbildung übernommen, die Übungen begannen heute in Donezk.

„Die ersten 40 Hörer – leitende Mitglieder der örtlichen Stäbe in den Städten und Bezirken der DVR, der Koordinations- und Ausbildungsstab der Volkseinheiten – haben sich heute in Donezk versammelt, um sich die theoretische Basis, die für eine sachgemäße Organisation der Tätigkeit der Einheiten notwendig ist, anzueignen“, heißt es in der Mitteilung.

Das Programm enthält sowohl theoretische als auch praktische Übungen. Die Mitglieder der Volkseinheiten lernen Fertigkeiten bei der medizinischen Behandlungen, Selbstverteidigung, selbständige Lösung von Aufgaben unter kritischen Bedingungen und die Grundlagen des Überlebens. Vermittelt werden auch juristische und technische Grundlagen.

Auch vor Ort geht die Ausbildung weiter. 216 Personen haben die Normen des Sportprogramms „Bereit zu Arbeit und Verteidigung“ abgelegt, um in die Reihen der Volkseinheiten der DVR eintreten zu können. Die Prüfungen finden derzeit in Makejewka, Sneshnoje, Tores, Charzysk und Surgres statt.

#### **abends:**

de.sputniknews.com: **Finanznot: Europarat fordert mehr Geld von Mitgliedstaaten**

Mitten im Dauerstreit mit Russland hat der Generalsekretär des Europarats, Thorbjørn Jagland, von den Mitgliedstaaten mehr Geld für die Bewältigung der finanziellen Krise seiner Institution gefordert. Das meldete die Deutsche Presse-Agentur am Freitag aus Straßburg unter Berufung auf Jaglands Erklärung.

Die Staaten müssten ihre Beitragszahlungen wieder an die Inflation anpassen, um die fortschreitende Erosion des Europarats zu beenden, heißt es im dem Papier.

Der Europarat mit Sitz in Straßburg soll über die Einhaltung der Menschenrechte in seinen 47 Mitgliedstaaten wachen. Russland zahlt seit Sommer 2017 keine Beiträge mehr. Eigentlich ist vorgesehen, dass Moskau für rund ein Zehntel des Budgets aufkommt. Mit der Zahlungsverweigerung protestiert Russland gegen Strafen, die wegen der Ukraine-Politik Moskaus gegen russische Abgeordnete der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) verhängt wurden. Die Parlamentarier verloren etwa Stimmrechte. Nach PACE-Angaben wird sich der Schuldenberg Russlands Ende 2019 auf 100 Millionen Euro belaufen. Russland hatte zuvor mehrmals erklärt, dass Moskau für den Entzug des Stimmrechts im

Europarat nicht zahlen wird, und die Mitfinanzierung des Gremiums eingestellt. Doch auch die Türkei kürzte vor gut einem Jahr plötzlich ihre Zahlungen. Noch dazu sind die anderen Mitgliedstaaten nicht mehr bereit, ihre Jahresbeiträge an die Inflation anzupassen. Das führe dazu, dass Jahr für Jahr Aktivitäten reduziert werden müssten, erklärte Jagland. Auch Stellenstreichungen seien die Folge: Seit 2010 sei das Personal, das aus dem regulären Budget bezahlt werde, um zwölf Prozent reduziert worden. Deutschland steuerte nach Angaben des Europarats im vergangenen Jahr gut 36 Millionen Euro bei.

telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die BFU heute um 18:30 Uhr das Mörserfeuer aus Richtung Nowoluganskoje in Richtung **Golmowskij** eröffnet.

Infolge eines direkten Treffers eines Mörsergeschosses des Kalibers 120mm wurde ein Wohnhaus in der Fotijewaja-Straße 36 zerstört.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Opfer. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Raketenübung im Schwarzen Meer: „Warnung an Hitzköpfe“**  
Russlands Marine hat im Schwarzen Meer die Abwehr von Kampfschiffen trainiert. Zwei Korvetten – nach russischer Kategorie: Raketenboote der Klasse 1241 – bekämpften den simulierten Gegner mit Antischiffsraketen, teilte das russische Verteidigungsministerium mit. Ein Analyst erklärt den politischen Hintergrund dieser Übung.

Bei der Übung hatten russische Korvetten das gegnerische Ziel mit Raketen vom Typ „Moskito“ bekämpft. Die Flugkörper trafen aus einer Entfernung von 30 Seemeilen zwei Zielattrappen, die eine feindliche Schiffsgruppe simulierten. ...

Bei den „Moskito“-Raketen handelt es sich um überschallschnelle Lenkwaffen mit einer Reichweite von bis 120 Kilometern in Bodennähe respektive 250 Kilometern in größeren Höhen. Die Raketenboote der Klasse 1241 stehen seit den 1970er Jahren im Dienst der russischen Marine. Außer mit Raketen sind sie mit je einem 76-mm-Geschütz und zwei 30-mm-Fla-Kanonen bewaffnet.

Die Raketenabschüsse im Schwarzen Meer könne man als „Warnung“ sehen, „an alle Kräfte, die die Ukraine als Druckfaktor gegen Russland einsetzen wollen“, sagt Militärexperte und Fachjournalist Juri Kotjonok im Sputnik-Gespräch. „Es ist bekannt, dass Kiew neue Provokationen in der Straße von Kertsch angedroht hat. Wir wissen auch, dass die Nato-Länder dieser Tage bestimmte Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine im Schwarzen Meer vereinbart haben.“

Anlass für Kiews neue Provokationen könnte laut dem Experten die zweite Runde der ukrainischen Präsidentschaftswahl sein: „Ein Provokationsversuch kurz vor der zweiten Wahlrunde, diesmal unter dem Schutz von Nato-Schiffen, ist nicht auszuschließen“, so der Beobachter. Nato-Schiffe halten sich gegenwärtig im Schwarzen Meer auf. „Es gilt also, wachsam zu bleiben und auf alle Bedrohungen angemessen zu reagieren“, rät der Experte. „Die Raketenübung ist da eine Warnung an alle Hitzköpfe, die eine Eskalation riskieren könnten.“ ...



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32459/92/324599288.jpg>

### **Wpered.su: Mitglieder des ZK des Leninschen Komsomol nahmen an den Wahlkampfdebatten teil**

Am 5. April fanden in Donezk und Makjewka Wahlkampfdebatten der Kandidaten für das Jugendparlament der Donezker Volksrepublik statt, an denen Mitglieder des ZK des Leninschen Komsomol der DVR teilnahmen, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit. In einem begrenzten Zeitraum stellte jeder der Kandidaten den Wählern sein Wahlprogramm vor, antwortete auf Fragen der Wähler und der Gegner. Die Wahlprogramme der einzelnen Kandidaten berührten verschiedene Entwicklungswege der Donezker Volksrepublik sowie der Gesetzgebung im Bereich der Jugendpolitik der DVR. Ihr Wahlprogramm erarbeiteten die Komsomolzen der DVR unter Berücksichtigung der besten Erfahrungen der Jugendpolitik der Sowjetunion.

### **de.sputniknews.com: Die Schweiz vertritt künftig die USA in Venezuela**

Die Schweiz soll nach Informationen der „Neuen Zürcher Zeitung“ künftig teilweise den Diplomatendienst für die USA in Venezuela übernehmen.

Demnach haben Bundesrat Ignazio Cassis und US-Botschafter Edward McMullen am Freitag ein entsprechendes Abkommen über ein Schutzmachtmandat unterzeichnet.

Das Mandat werde erst dann in Kraft treten, wenn Venezuela ihm zugestimmt habe. Laut dem Schweizer Aussendepartement (EDA) bietet es die Chance, zur Deeskalation der Spannungen zwischen Washington und Caracas beizutragen.

Das so genannte Schutzmachtmandat soll garantieren, dass die USA und Venezuela minimale Beziehungen zueinander unterhalten. Im Mittelpunkt dabei stehen dem Bericht zufolge konsularische Dienstleistungen sowie das Aufrechterhalten eines offenen Gesprächskanals. Von einer Vermittlung sei bisher keine Rede. Es gehe nur um eine „Briefträgerfunktion“ der Schweiz.

Ende Januar hatte Washington beschlossen, alle nicht dringend benötigten US-Diplomaten aus Venezuela abzuziehen.

Zuvor hatte der venezolanische Präsident Nicolás Maduro den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu den USA angekündigt und die US-amerikanischen Diplomaten aufgefordert, das Land innerhalb von 72 Stunden zu verlassen. US-Außenminister Mike Pompeo hatte diese Forderung jedoch abgelehnt und zudem erklärt, Maduro habe keine Befugnisse, die dafür nötig seien, solche Entscheidungen zu treffen.